



Bündnis
**Sahra
Wagenknecht**
Duisburg

**Kommunalwahl-
programm
2025**

Duisburg

**Lebenswert.
Sicher.
Gerecht.**

**X 14.9.
BSW wählen.**

Weil es um Euch geht!

Mehr
erfahren



Impressum

Bündnis Sahra Wagenknecht Duisburg
Sonnenwall 6
47051 Duisburg
info@duisburg-bsw.de

Vorwort Erkan Kocalar, Oberbürgermeisterkandidat	4
Lebenswerte Städte brauchen ausreichend Geld.....	5
Duisburgs Wirtschaft stärken.....	6
Stahlindustrie erhalten.....	7
Gute Arbeit, faire Bezahlung und sichere Arbeitsplätze.....	8
Armutsbekämpfung.....	9
Soziale Spaltung überwinden.....	10
Sicherheit und Ordnung.....	11
Kinder, Jugend und Bildung.....	12
Wohnen in Duisburg - bezahlbar und lebenswert.....	14
Umwelt schützen - Lebensqualität erhalten.....	15
Verkehrswende gestalten.....	16
Kultur.....	17
Sport.....	18
Flucht, Zuwanderung und Integration.....	19
Stadtverwaltung und Personal - bürgernah und attraktiv.....	20
Digitalisierung der Kommune.....	21
Seniorenpolitik.....	22
Inklusion.....	23
Verbraucherschutz.....	24
Gleichstellung und Frauenförderung.....	25
Nachwort.....	26

Vorwort

Deutschland befindet sich auf dem Weg in die „Kriegstüchtigkeit“. Alle Politikbereiche werden diesem Ziel untergeordnet. Im Namen der „Kriegstüchtigkeit“ wird der Sozialstaat demontiert und die deutsche Wirtschaft ruiniert. Duisburg als wichtiger Wirtschafts- und Industriestandort ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Während die deutsche Wirtschaft seit Jahren stagniert, nehmen die Unternehmensinsolvenzen zu, Armut und Arbeitslosigkeit steigen. In den vergangenen drei Jahren ist die Arbeitslosenzahl in Duisburg um fast 4.000 gestiegen.



Allein bei Thyssenkrupp werden in den kommenden Jahren mehr als 11.000 Arbeitsplätze wegfallen. Die Altparteien haben dieses Land in eine Sackgasse geführt. Über Jahrzehnte haben die etablierten Parteien die Kommunen im Stich gelassen. An Duisburg zeigen sich exemplarisch die Folgen kaputtgesparter Kommunen: marode Schulen und Sporthallen, zu wenig Kitas, kaputte Straßen und Brücken sowie abrisssreife öffentliche Gebäude wie das Theater. Es fehlt Geld für die Energiewende, den Klimaschutz, die Verkehrswende und die Digitalisierung. Im Gegensatz dazu stehen unbegrenzte Mittel in Billionenhöhe für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zur Verfügung.

Statt hart erarbeitete Steuergelder in Panzer und in kriegstaugliche Infrastruktur, in Bunker und in unterirdische Krankenhäuser zu stecken, sollte das Geld investiert werden in die Ausbildung von Lehrern, Erziehern, Ärzten und Ingenieuren. Investiert werden muss in Schulen, Kitas, Sporthallen, in die Universität, in den Ausbau des ÖPNV und den Radverkehr, in die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und in die Energiewende. Krankenhäuser gehören in Bürgerhand. Krankenhausschließungen müssen verhindert werden.

Mittelstand und Handwerk müssen gestärkt werden durch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Gewerbeflächen müssen entwickelt werden und Energie muss bezahlbar sein. Wir brauchen gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen. Deshalb fordern wir kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau nach dem Vorbild von Wien.

Erkan Kocalar (BSW), Oberbürgermeisterkandidat für Duisburg

Lebenswerte Städte brauchen ausreichend Geld

Der Strukturwandel und die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Stadt haben dazu geführt, dass Duisburg in die Verschuldung geraten ist. Nur durch ein striktes Kürzungsprogramm konnte Duisburg seine Verschuldung deutlich reduzieren. Die Stadt hat ihre Kassenkredite in den vergangenen 10 Jahren um eine Milliarde Euro senken und damit die Überschuldung hinter sich lassen können.

Doch geht die Spar- und Kürzungspolitik seit Jahren zulasten der Infrastruktur und der Lebensqualität der Bürger. Unterlassene Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, in Schulen und Sporthallen, in den Ausbau des Nahverkehrs oder in den Klimaschutz verschlechtern die Lebensqualität der jetzigen und zukünftigen Generationen. Die Verwaltung ist chronisch überlastet. Der Nahverkehr ist eine einzige Katastrophe. Etwa 200 Schulcontainer stehen aufgrund von Schulraummangel mittlerweile auf Duisburger Schulhöfen. Die soziale Spaltung innerhalb der Stadt nimmt weiter zu. Während andere Länder in die Zukunft investieren, investieren wir in den Verschleiß.

Die Bundespolitik hat Deutschland in eine langanhaltende Rezession geführt. Die Deindustrialisierung nimmt zunehmend Fahrt auf. Die massive Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands wird die Finanzierungsspielräume der Stadt in den kommenden Jahren weiter extrem verengen. Es ist absehbar, dass in den kommenden Jahren weiter bei der sozialen Infrastruktur massiv gespart werden wird. In den Gemeinden und Städten sind die Folgen der Mängelwirtschaft für die Menschen direkt zu spüren, verstärkt noch durch die gerade in Duisburg besonders hohen kommunalen Gebühren. Das Vertrauen in die Politik wird so weiter sinken, die Zahl der AFD- und Nichtwähler wird weiter zunehmen.

Die Unterfinanzierung der Kommunen gefährdet die Demokratie!

Einen Aufbruch für Duisburg kann es nur mit einer deutlich besseren Finanzausstattung geben.

Das BSW fordert:

- Einhaltung des Konnexitätsprinzips: „Wer bestellt, der zahlt“
- Übernahme der Kosten für die Unterkunft (KdU) für Bürgergeldempfänger zu 100% durch den Bund
- Reform der Erbschaftssteuer und Einführung der Vermögensteuer
- Einrichtung eines Altschuldenfonds mit Bundesbeteiligung
- Zusätzliches Milliardeninvestitionsprogramm zum Abbau des Investitionsstaus
- Erhöhung des Steueranteils der Kommunen am Gesamtaufkommen
- Altschuldenfonds ohne Sparauflagen statt Mogelpackung

Duisburgs Wirtschaft stärken

Seit Jahrzehnten hat Duisburg mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Mit 13,5% liegt die Arbeitslosenquote weit über dem Durchschnitt in NRW. Der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze und der Ausbau gut bezahlter Arbeitsplätze sind von zentraler Bedeutung für die Vermeidung und den Abbau von Armut und Unsicherheit.



Neben der Sicherung von Großbetrieben wie TKS oder HKM ist die Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen von besonderer Bedeutung. Gerade die kleineren und mittleren Unternehmen bilden das Rückgrat der Duisburger Wirtschaft. Zehntausende Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze hängen an diesen Unternehmen.

Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf dem Flächenmanagement liegen. In Duisburg gibt es einen dramatischen Mangel an Büro- sowie Gewerbeflächen, was dazu führt, dass sich kaum neue Unternehmen ansiedeln und entsprechend keine Arbeitsplätze entstehen können.

Das BSW fordert:

- Entlastung und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen durch alle zur Verfügung stehenden Mittel inklusive Fördergelder etc.
- Duisburg als Technologie- und Bürostandort ausbauen
- Entwicklung des Technologieparks Wedau Nord mit Ansiedlung der Ingenieurwissenschaften der UDE
- Verstärkung der Wirtschaftsförderung und Fördermittelakquise
- Verstärkte Förderung von Neugründungen und Ansiedlungen, Zusammenarbeit zwischen Stadt, Uni und Wissenschaftsinstituten
- Unterstützung von Unternehmen bei Digitalisierung und Vernetzung
- Verstärkung von Qualifizierung und Weiterbildung
- Schaffen von Gewerbegebieten und Büroflächen durch Reaktivierung brachliegender Flächen und Umbau leerstehender Gebäude – Keine Umwandlung von Grünflächen in Gewerbegebiete!
- Beteiligung von Unternehmen, die jahrzehntelang Gewinne mit diesen Flächen eingefahren haben und diese nun brach liegen lassen, an den Sanierungskosten
- Fördergelder vom Land für die Revitalisierung der belasteten Flächen

Stahlindustrie erhalten

Die Stahlindustrie in Duisburg ist in einer existenziellen Krise. Es droht der Verlust tausender Arbeitsplätze. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Neben Überkapazitäten auf dem Markt für Stahlerzeugnisse und dem Nachfragerückgang der deutschen Autoindustrie als wichtigstem Stahlabnehmer,



gerät Thyssenkrupp auch aufgrund hoher Energiepreise durch die verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Ampelregierung zunehmend unter Druck. Hinzu kommen hohe Investitionsanforderungen an die notwendige ökologische Transformation der Stahlindustrie.

Das BSW fordert die Gründung einer öffentlichen Industriestiftung, die den Auftrag hat, bei Thyssenkrupp Steel einzusteigen. Die Stiftung bringt die nötige Finanzkraft mit, um dringend notwendige Investitionen durchzuführen und das Unternehmen zukunftsfest zu machen. Die enormen Investitionen für die Transformation der Stahlindustrie kann kein Unternehmen allein stemmen. Nur der Staat hat die Finanzkraft, um einen zweistelligen Milliardenbetrag zu investieren. Spätere Gewinne würden in Form von Dividenden an die Stiftung zurückfließen und der Gesellschaft zugutekommen. Eine öffentliche Stiftung müsste die demokratische Mitbestimmung durch Belegschaft, Gewerkschaften und Lokalpolitik gewährleisten, besonders bei Beschäftigungssicherheit, Klimaschutz und Weiterbildung.

Das BSW fordert:

- Staatseinstieg bei Thyssenkrupp Steel durch Gründung einer öffentlichen Industriestiftung
- Öffentliche Investitionen, um die ökologische Transformation bewältigen zu können
- Stahlherstellung mit günstigem Gas bis ausreichend Wasserstoff zur Verfügung steht
- Senkung der Energiekosten
- Schutz vor ausländischem Dumping-Stahl

Gute Arbeit, faire Bezahlung und sichere Arbeitsplätze

Das BSW möchte eine gerechtere und sozialere Arbeitsmarktpolitik, die die Interessen von Arbeitnehmern und Beschäftigten in den Vordergrund stellt. Das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) muss auch in Duisburg strikt angewendet werden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.



Bei der Auftragsvergabe darf nicht nur der Preis, sondern müssen auch nachhaltige Qualität sowie soziale und ökologische Kriterien eine Rolle spielen. Ziel ist es, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und Lohndumping zu verhindern.

In der städtischen Verwaltung fordern wir einen massiven Personalaufbau. Befristete Verträge und Leiharbeit bringen keine Stabilität. Es braucht dauerhaft unbefristete Stellen mit attraktiver Bezahlung und guten Sozialleistungen, um Fachkräfte zu halten. Gerechte Tarifgehälter locken Nachwuchs und verhindern, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebrannt sind. Die Verwaltung muss als sicherer und wertgeschätzter Arbeitgeber gelten.

Das BSW fordert:

- Faire und gerechte Löhne für alle Arbeitnehmer
- Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Förderung von Mitbestimmung
- Investitionen in Aus- und Weiterbildung, um Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern
- Vergabe öffentlicher Aufträge unter Berücksichtigung von Tariftreue
- Unbefristete Einstellungen in der Verwaltung
- Förderung von Inklusion und Vielfalt am Arbeitsplatz
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben
- Rekommunalisierung von öffentlichen Aufgaben, um Arbeitsbedingungen und Löhne der Mitarbeiter zu verbessern (z.B. Krankenhäuser)

Armutsbekämpfung

Armut macht krank und Krankheit macht arm - dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. In Duisburg ist Armut in allen Altersklassen weit verbreitet. Besonders schmerzhaft aber ist der nach wie vor immens hohe Anteil von Kinderarmut. Kinderarmutsquoten von bis zu 50 % in einzelnen Stadtteilen sind unerträglich und müssen angegangen werden. Kinderarmut verbaut Zukunftsperspektiven dieser Kinder und von uns allen.



Auch die Altersarmut steigt Jahr für Jahr an. Besonders betroffen sind davon Frauen. Fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und die Rentenreformen durch die Altparteien lassen die Altersarmut explodieren. Die Zahl der älteren Menschen, die in Duisburg Grundsicherung im Alter beziehen, ist von 2013 bis 2023 um 41,2 % gestiegen. Waren im Jahr 2013 in Duisburg 4.551 Personen ab 65 Jahren auf Grundsicherung angewiesen, stieg die Zahl im Jahr 2023 auf 6.438 Personen. Mehr als jeder vierte Rentner in Duisburg ist armutsgefährdet.

Das BSW fordert:

- Regelmäßige Erfassung von Altersarmut sowie Entwicklung von Maßnahmen zur Vermeidung und Linderung
- Komplette Übernahme der Unterkunftskosten durch das Duisburger Jobcenter (SGB II) und das Duisburger Sozialamt (SGB XII)
- Niederschwellige Beratungsangebote für Familien in prekären Lagen mit Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten sowie Beantragung von Hilfen und Zuschüssen
- Altengerechtes und betreutes Wohnen in kommunaler Hand
- Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind, sowie Vorhalt einer ausreichenden Zahl von Übergangswohnungen, um Obdachlosigkeit vorbeugend zu vermeiden

Soziale Spaltung überwinden

In und zwischen vielen Stadtteilen Duisburgs zeigt sich eine besorgniserregende soziale und ethnische Spaltung. Wir erleben eine teils extreme räumliche Trennung nach Herkunft, Einkommen, Bildungschancen u. a. auch als Folge einer verfehlten Stadtentwicklung. Dieser Prozess der Polarisierung wird Segregation genannt. Im Sozialbericht 2018 wurde das Problem der sozialräumlichen Entmischung von Menschen mit bestimmten Merkmalen: "Die Statistiken zeigen deutliche Tendenzen zu einer Konzentration sowohl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch der Haushalte im Bezug von Transferleistungen in bestimmten Ortsteilen [...]". Im aktuellen Sozialbericht wurde das Problem der Segregation nicht einmal mehr erwähnt.

Das BSW steht für eine soziale Wende: Wir wollen, dass Duisburg für alle lebenswert ist – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort. Deshalb brauchen wir soziale Durchmischung in den Stadtteilen statt einer Trennung zwischen abgehängten auf der einen und wohlsituierten Stadtteilen auf der anderen Seite.

Wir wollen ein Duisburg, in dem Zusammenhalt, Respekt und Teilhabe keine leeren Worte sind. Wir stehen gegen jede Form von Ausgrenzung – aber auch gegen Realitätsverdrängung. Wer hier lebt, gehört dazu. Aber wir sagen auch klar: Integration ist wechselseitig. Sie kann aber nur gelingen, wenn die Stadt die Voraussetzungen dafür schafft.

Das BSW fordert:

- Erarbeitung eines Konzepts mit Handlungsmaßnahmen gegen Segregation
- Soziale Durchmischung der Bewohnerschaft als Ziel der Wohnungspolitik
- Bürgerbüros mit regelmäßigen offenen Sprechstunden, vielleicht auch Stammtischen in den Stadtteilen
- Senkung der Miethöhe bei Sozialwohnungen auf ein Niveau, das mit der Höhe der Bewilligungsmieten bei den Kosten der Unterkunft durch das Jobcenter kompatibel ist
- Keine neuen Ghettos am Stadtrand: In jedem Stadtteil muss Platz für soziale Vielfalt sein
- Mehr Mittel und Personal für Schulen und Kitas in benachteiligten Stadtteilen
- Gute Anbindung aller Stadtteile an den ÖPNV sowie Sozialtarife bzw. Kostenfreiheit für Kinder, Jugendliche, Azubis und Menschen mit geringem Einkommen.
- Gezielte Förderung des Austauschs in Stadtteil- bzw. Bürgerzentren, Parks, bei Sportangeboten und interkulturellen Projekten sowie die Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel durch die Stadt

Sicherheit und Ordnung

Wer in Duisburg vor seine Haustür tritt, auf dem Weg zur Arbeit, Schule, zum Einkaufen oder in der Freizeit durch sein Viertel spaziert, hat ein Recht darauf, sich dort sicher und wohl zu fühlen. Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern, alle Nachbarn sollen sich frei von Angst vor Gewalt und Beschämung in ihrem Wohnviertel bewegen können.



Auch Müll und Dreck belastet in manchen Stadtteilen das Wohl- und Sicherheitsgefühl. Müll und Dreck ziehen weiteren Müll und Dreck an. Sowohl Bürger als auch die Stadtverwaltung tragen die Verantwortung für ein respektvolles, angstfreies und zivilisiertes Zusammenleben. Alle Duisburger sollen sich in ihrem Viertel zuhause fühlen können.

Das BSW fordert:

- Regelmäßige Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst (SAD) zu Fuß, besonders auch vor Schulen, in allen Stadtteilen sowie die hierfür notwendige Personalausstattung
- Meldestellen für „Angsträume“, wilde Müllkippen, Schmutz usw.
- Gemeinsame Begehung mit Bürgern, Politik und Polizei/Ordnungsdienst zur Bestandsaufnahme und Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten
- Regelmäßige Bürgersprechstunden im Stadtteil
- Koordinierte und zeitnahe Maßnahmen gegen Schleuser-Clans, Überbelegung von Wohnungen, Drogenmilieus und Bandenkriminalität sowie wilde Müllkippen
- Ausreichend öffentliche Abfallbehälter und häufigere Gehwegreinigung in besonders belasteten Vierteln
- Verstärkung von Kriminalitätsprävention besonders bei Jugendlichen durch Schaffung von mehr Freizeitmöglichkeiten: Jugendzentren, Bolz- und Skaterplätze, Treffmöglichkeiten in Parks usw.
- Neben den Projekten „Haus des Jugendrechts“ (soll im Laufe des Jahres eröffnen) und „Kurve kriegen“ (läuft schon) Schaffung weiterer multiprofessioneller Teams zur Prävention von Jugendkriminalität schon in den Schule

Kinder, Jugend und Bildung

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung Duisburgs hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Unter den Menschen, die als Geflüchtete oder Migranten in den letzten Jahren nach Duisburg gekommen sind, sind überproportional viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.



Der größte Teil der Jugendbevölkerung Duisburgs lebt in Quartieren mit schlechten Wohnverhältnissen und Infrastruktur. Hier ist auch der Anteil der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen besonders hoch. Armut bedeutet gerade auch für Kinder und Jugendliche nicht nur materielle Einschränkungen, sondern beschämt und erschwert die Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport. Materielle Armut und Bildungsarmut wird so häufig von Generation zu Generation weitergegeben. Dem entschlossen entgegen zu wirken, ist für das BSW eine besonders wichtige kommunale Aufgabe.

Das BSW will gleiche Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder in Duisburg - unabhängig von Wohnort, Herkunft, Einkommen und Bildungsstand der Eltern!

Ein wichtiger Schlüssel hierfür ist Bildung. Gerade im Augenblick, wo das Land ein weiteres Mal den Rotstift bei Hochschulen und Schulen ansetzt, fordert das BSW dagegen massive Investitionen in das Bildungssystem.

Bildung bestimmt die Zukunft jedes Einzelnen und die unserer Gesellschaft!

Mit guten Bildungsangeboten kann unsere Stadt außerdem wieder lebenswert und attraktiv für Bürger sowie Unternehmen und Fachkräfte werden!

Doch leider sieht die Realität oft ganz anders aus, besonders schlecht bei der frühkindlichen Bildung: Platznot in den Kitas und fehlende Fachkräfte sorgen für Stress bei Kindern, für genervte Eltern und Überlastung des vorhandenen Personals. Damit muss Schluss sein.

Seit etlichen Jahren ist bekannt, dass die Anzahl schulpflichtiger Kinder, durch steigende Geburtenzahlen und Zuzug in Duisburg stetig wächst und eine wachsende Zahl von Kindern ein zusätzliches Grundschuljahr benötigen. Aber anstatt darauf vorausschauend mit Erweiterung, Sanierung und Neubau von Schulen zu reagieren, setzte die Stadt meist nur auf kurzfristige Lösungen. So stehen mittlerweile an die 200 Container auf den Schulhöfen, demnächst soll

eine komplette Grundschule in Containern unterrichtet werden, was ein Vielfaches der Kosten für eine frühzeitige Sanierung kostet.

In Kita und Schule sollte Inklusion so weit wie möglich umgesetzt werden.

Trotzdem wollen wir auch Fördereinrichtungen mit Fachpersonal für solche Kinder erhalten, die für ihre Entwicklung einen geschützten Rahmen brauchen, in dem sie mit Gleich-Betroffenen lernen und sich austauschen können.

Das BSW fordert:

- Zur Prävention von Fehlentwicklungen die Ausweitung der Willkommensbesuche für werdende Eltern mit Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten sowie kostenlose Kursangebote, die neben Informationen zur körperlichen Pflege und Ernährung auch über die psychosozialen Entwicklungsbedürfnisse von Babys aufklären
- Kitas mit ausreichend U3- und Ü3-Plätzen in Wohnortnähe sowie in jedem Stadtteil mindestens ein Familien-Zentrum mit pädagogischen Beratungs- und Bildungsangeboten für Eltern sowie eine Anpassung der Betreuungszeiten an das Entwicklungsalter der Kinder
- Verpflichtende Sprachtests für Kinder spätestens ab 4 Jahren sowie bei festgestelltem Förderbedarf ein kostenfreier Besuch in Sprach-Kitas
- Mindestens zwei kostenfreie Kita-Jahre vor der Einschulung zur Förderung psychosozialer Fähigkeiten sowie der Grob- und Feinmotorik
- Von Kitas begleiteter Schuleinstieg
- Fußläufig erreichbare Grundschulen mit ausreichender Raum- und Personalausstattung für Unterricht und Betreuung, eigenem Hausmeister, Sporthalle, genügend großen Schulhöfen zur Bewegungsförderung, hygienischen und sicheren Toilettenanlagen sowie sicheren Schulwegen
- Sanierung bzw. Neubau von Hallenbädern für das Schulschwimmen besonders im Grundschulalter
- Dem Elternwillen und den Anmeldezahlen entsprechend weiterer Ausbau und Neubau insbesondere von Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb mit eigenen Mensen und Küchen sowie multifunktionalen Räumen für Veranstaltungen und eigene Bibliotheken
- Ausweitung von Programmen zur frühzeitigen Unterstützung von Schülern, deren Schulabschluss gefährdet ist
- Stärkere Wertschätzung, finanzielle und personelle Ausstattung von Berufskollegs und Volkshochschulen für die Ermöglichung nachholender Schul- und Ausbildungsabschlüsse
- Ausreichende finanzielle Unterstützung von Kindern aus prekären Verhältnissen für die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten
- Kommunale Einrichtung oder Unterstützung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen, ggf. mit pädagogischem Personal

Wohnen in Duisburg – bezahlbar und lebenswert

Duisburg benötigt dringend neue Wohnungen, besonders für Familien mit Kindern sowie für Studenten und Auszubildende. Ob renoviert, aufgestockt, umgewidmeter Gewerbebau oder neu errichtet: es sollte mit hohem Sozialbindungsanteil gebaut werden bis ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen.

Mindeststandards bei der Qualität von Mietwohnungen und ihrem Wohnumfeld müssen kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden. Mieterhöhungen bei Neuvermietung dürfen die Inflationsrate nicht übersteigen.

Das BSW möchte gemeinwohlorientiertes genossenschaftliches sowie über die GEBAAG städtisches Bauen und Vermieten fördern. Hierbei werden Gewinne in Modernisierung oder Neubau reinvestiert anstatt die Gewinne der Wohnungskonzerne zu erhöhen und damit ihre Marktmacht zu vergrößern.

Schwerpunktmäßig sollten Mehr-Generationen-Wohnkonzepte verfolgt werden mit Betreuungsangeboten für Kinder und Pflegebedürftige, Hausaufgabenhilfe, Kultur-, Fitness- und Integrationsangeboten etc. In allen Stadtquartieren sollten gepflegte und sichere Sportanlagen und Mehrgenerationenspiel- und Fitnessplätze, eine Nahversorgung mit Lebensmittelgeschäften, Ärzten, Gastronomie, Kitas, Schulen, Bibliotheken und ein zuverlässiger ÖPNV Standard sein. Bürger- und Jugendzentren gilt es als einladende Begegnungsstätten wieder zu entdecken. Ein Netz gut erreichbarer öffentlicher Toiletten, Wasserspender und schattenspendender Grünanlagen, freies WLAN und regelmäßige Kontrollgänge des Ordnungsamtes wäre ein weiterer Schritt zu guten Lebensverhältnissen in ganz Duisburg.

Das BSW fordert:

- Sozialwohnungsanteil von 30% bei neuen Wohnbauprojekten
- Einrichtung einer städtischen Beratungs- und Beschwerdestelle für Wohnungsfragen
- Stärkere Nutzung eines kommunalen Vorkaufsrechts zur Umsetzung gemeinwohlorientierter Stadtplanung
- Gemeinnütziges städtisches und genossenschaftliches Bauen und Vermieten
- Umsetzung von Mehr-Generationen-Wohnkonzepten
- Errichtung, Betrieb oder Förderung sozialer Begegnungsstätten sowie Bürgerräte in allen Stadtquartieren
- Regelmäßige Kontrolle und Pflege der öffentlichen Anlagen
- Gleichwertige, gute Lebensverhältnisse überall in Duisburg durch eine soziale Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik, die die Ausbreitung sozialer Brennpunkte vermeidet

Umwelt schützen – Lebensqualität erhalten

Saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, geringe Lärmbelastung, öffentliche Grünflächen und gut erreichbare Naturgebiete sind Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben. Dafür steht das BSW. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung



muss deshalb konsequent an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein.

Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen in Umfang und Erreichbarkeit so gestaltet werden, dass sie der großen Mehrheit der Bürger zugutekommen. Aktiver Umweltschutz trägt nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität bei, sondern leistet auch einen entscheidenden Beitrag zum dringend notwendigen Klimaschutz. Die Stadt sollte Dienstleistungen und Förderprogramme für Energieeinsparungen sowie die Umstellung auf erneuerbare Energien fördern.

Flächen müssen entsiegelt werden, mehr Bäume gepflanzt und Luftschneisen beachtet und ermöglicht werden, um eine Überhitzung der Stadt und Überschwemmungen zu vermeiden.

Das BSW fordert:

- Schutz und Pflege von Naturflächen wegen ihrer positiven Wirkung auf das Stadtklima und ihrer Bedeutung als öffentliche Erholungsräume
- Schaffung „Grüner Inseln“ und deren Vernetzung, Flächenentsiegelung
- Sanierung belasteter Flächen, um dort neue Gewerbeflächen und neuen Wohnraum zu schaffen, sowie unversiegelte Flächen für Begrünung zu gewinnen
- Förderung energetischer Gebäudesanierung
- Ausbau von Anlagen für erneuerbare Energie und Fernwärme
- Verhinderung des Kiesabbaus in den Rheinauen
- Einen verantwortungsvollen Autobahnausbau, ehrlichen Flächenausgleich, Lärmschutz nach den Empfehlungen der WHO sowie - wo möglich - Tunnellösungen.
- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung inkl. Baumpflanzsatzung
- Deutliche größere finanzielle Mittel für den Klimaschutz und Personal in der Verwaltung
- Waldflächen erhalten und Anpflanzung tausender neuer Bäume

Verkehrswende gestalten

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen für die Kommunen dar. Klimaschutz ist unerlässlich zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und Gesundheit, und daher gerade auf kommunaler Ebene von besonderer Bedeutung.

Das BSW sieht daher in der Verkehrswende für die kommunale Mobilitätsplanung eine herausragende Bedeutung. Hier sollten besonders bei der Planung von

Neubausiedlungen möglichst autofreie Zugänge und Flächen (Tiefgaragen, Lasten-Handwagen, Fahrradstationen, usw.) sowie eine gute ÖPNV-Anbindung vorausgesetzt werden. Für bestehende Wohnsiedlungen sollte eine diesbezügliche Machbarkeitsprüfung erfolgen.



Ein besonderes Augenmerk sollte zur Entlastung der Duisburgerinnen und Duisburger auch auf der Lenkung des Schwerlastverkehrs außerhalb von Wohngebieten liegen. Der LKW-Verkehr sollte soweit wie möglich auf Wasserstraßen und Schienen verlagert werden.

Das BSW fordert:

- Eine Verkehrsplanung und deren zeitnahe Umsetzung, die eine angestrebte Verkehrsmittelwahl (Modal Split) von 25% ÖPNV, 25% Radverkehr, 25% Fußverkehr und 25% Autoverkehr zugrunde legt
- Gewährleistung sicherer, genügend breiter und barrierefreier Gehwege
- Ausbau oder vielmehr Herstellung eines schlaglochfreien und verkehrssicheren Radwegenetzes mit Anbindungen an vorhandene und geplante Fernradwege, damit Duisburg die „rote Laterne“ endlich abgeben kann
- Ausbau des ÖPNV-Netzes, auch in ländlicheren Regionen der Stadt, möglichst mit eigenen Trassen sowie zeitnahe Umsetzung des linksrheinischen Straßenbahnausbaus
- Die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung für kostenfreie ÖPNV-Nutzung (Wegfall der personal- und kostenintensiven Ticket-Infrastruktur einschließlich Strafverfahren usw.)

Kultur

Kultur ist ein identitätsstiftender Grundbaustein für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Die künstlerischen Weltsprachen Musik, Tanz, Theater, bildende Kunst usw. sind über Jahrhunderte miteinander im schöpferischen Austausch und vermögen uns Menschen heute noch alle ebenso zu faszinieren, zu berühren und zu verbinden. Zur Kultur gehört aber auch, wie wir unser Zusammenleben organisieren, gehören unsere Essgewohnheiten und vielerlei Sitten und Gebräuche. Die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung Duisburgs muss in den öffentlichen Räumen und Institutionen der Stadt vertreten sein.

Daher ist es wichtig, dass die Spielpläne von Theater, Philharmonie, Museum usw. vielfältiger werden und Angebote auch für unsere Mitmenschen mit Migrationshintergrund bieten. So vergrößern z.B. Vorführungen in anderen Sprachen das Angebot und sind attraktiv auch für Besucher über die Stadtgrenzen hinaus. Initiativen aus anderen Kulturen sollten Zugang zu öffentlich geförderten Spielstätten und Ausstellungsorten haben.

Die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen, Kitas und Schulen in die kulturellen Angebote sollte weiter ausgebaut werden. Kultur bildet, erweitert Horizonte. Um kulturelle Angebote für alle Duisburger Mitmenschen spannend, erlebbar und bezahlbar zu machen, sollten neue Anreize geschaffen werden. So möchte das BSW z.B. neben den schon bestehenden Ermässigungen auch einen zusätzlichen Rabatt für Duisburger Bürger einführen, einen Duisburg-Rabatt. Für alle, die die kulturellen Einrichtungen indirekt durch Ihren Wohnsitz in der Stadt Duisburg fördern, sollten sie auch bezahlbar sein.

Das BSW fordert:

- Den Neubau des Stadttheaters unter Beibehaltung der historischen Front
- Den Erhalt und die dauerhafte Förderung des soziokulturellen Zentrums Stapeltor
- Den Erhalt der Bezirksbibliotheken und der Stadtbibliothek, deren Rund-um-die-Uhr-Öffnungen (Open Library), weitere Bücherschränke sowie die Anbindung neuer Schulbibliotheken an den jeweiligen Stadtteil
- Erhalt und dauerhafte Finanzierung der Niederrheinischen Kunst- und Musikschule einschließlich ihrer Zweigstellen
- Förderung von kleineren Theater- und Kulturstätten in unserer Stadt
- Förderung freier Theater-, Tanz- und Musikinitiativen, insbesondere solchen für Kinder und Jugendliche
- Besondere Kultur-Rabatte für Duisburger, z.B. eine einmalige Schnupper-Freikarte für die städtischen Museen, Konzerte und Theater

Sport

Sport ist wichtig für die Gesundheit und das Zusammenleben in unserer Stadt und hilft jungen Mitbürgern ihren Weg in die Gesellschaft zu finden. Sport holt Kinder und Jugendliche von der Straße und hält die älteren Generationen fit. Sport steht für Fairness, Respekt und Toleranz.

Das BSW fordert auch im Sport soziale Gerechtigkeit durch eine faire Verteilung von Ressourcen sowie die Förderung von Sport

für alle, unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Fähigkeit oder Größe des Geldbeutels.



Das BSW fordert auch im Sport soziale Gerechtigkeit durch eine faire Verteilung von Ressourcen sowie die Förderung von Sport für alle, unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Fähigkeit oder Größe des Geldbeutels. Sport muss für jeden bezahlbar und nach Möglichkeit inklusiv sein.

Die Sportstätten sind aufgrund unterlassener Investitionen in den letzten Jahrzehnten in einem miserablen Zustand. Wir brauchen ein Sportstättenkonzept, indem transparent der Investitionsstau der einzelnen Anlagen detailliert aufgezeigt wird und konkrete Investitionspläne festgehalten werden.

Wir benötigen dringend Schwimmbäder in jedem Stadtbezirk, um das Schulschwimmen zu ermöglichen. Dafür braucht es keine riesigen Spaßbäder. Jedes Kind muss Schwimmen lernen. Es ist wichtig, den Beruf des Rettungsschwimmers wieder attraktiv zu machen. Außerdem muss das Ehrenamt gestärkt werden, um genügend Trainer für die Sportvereine zu bekommen.

Das BSW fordert:

- Erarbeitung eines detaillierten Sportstättenkonzeptes mit konkreten Investitionen
- Für alle Kinder ein kostenfreies erstes Jahr in einem Verein des Breitensports
- Eine faire Verteilung von Ressourcen, besonders in sozial benachteiligten Gebieten
- Programme, die Sport für Menschen aller Altersgruppen, Geschlechter und Fähigkeiten zugänglich machen
- Förderung von Integration in den Sportvereinen
- Aktualisierte Informationen zu allen Sportangeboten in der Stadt
- Öffentliche Sportangebote für Jung und Alt in allen Stadtteilen

Flucht, Zuwanderung und Integration

Besonders die Ruhrgebietsstädte stehen bei der Aufnahme sowohl von Flüchtlingen als auch von Armuts- und Arbeitsmigranten und deren Integration vor großen Herausforderungen. Einerseits ist die kulturelle Vielfalt gerade auch in Duisburg ein großer Schatz, der unsere Entwicklung geprägt hat. Andererseits sind mittlerweile die Herausforderungen für Wohnungsmarkt, Bildungssystem und Gesundheitswesen sowie den sozialen Zusammenhalt erheblich. Die Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten sind begrenzt, eine weitere ungesteuerte Zuwanderung würde die Systeme zu überfordern. Das BSW steht für eine Migrations- und Integrationspolitik, die Humanität und Realismus verbindet. Wir fordern von Bund und Land eine Politik, die dies berücksichtigt und für eine faire Verteilung der Lasten sorgt. Für die Menschen, die bei uns leben und ein Bleiberecht haben, müssen wir bestmögliche Integrationschancen schaffen. Dazu gehört v.a. der schnelle Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit sowie zu menschenwürdigen Unterkünften. Auch Sozialarbeiter und Quartiersmanager möglichst mit Migrationsgeschichte haben hier eine wichtige Funktion. Wir werden uns für eine verlässliche Finanzierung einsetzen.

Zur Koordinierung aller Integrationsaufgaben muss die Zusammenarbeit von Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt, Schulen und Kitas verbessert werden. Bund und Land werden aufgefordert, die Definition der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu überprüfen, damit insbesondere die Armutsmigration aus Südosteuropa reguliert werden kann. Die Ausbeutung von Arbeitsmigranten durch Clans und Schattenwirtschaft muss konsequent verhindert werden.

Das BSW unterstützt interkulturelle Begegnung und tritt Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen.

Das BSW fordert:

- Eine realistische Integrationspolitik, die die vorhandenen Kapazitäten anerkennt und Überforderung vermeidet
- Ausreichende Mittel von Bund und Land für die Unterbringung und Integration
- Schnelle Integration und menschenwürdige Unterbringung für Migranten mit Bleiberecht
- Verknüpfung von Integrations- und Bildungspolitik: verpflichtende Deutschkurse und vorschulische Sprach- und Entwicklungstests zur bestmöglichen schulischen Eingliederung
- Keine Zweckentfremdung von Sport- oder Gemeinschaftseinrichtungen
- Stärkung des interkulturellen Dialogs und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

Verwaltung und Personal – bürgernah und attraktiv

Wir erleben in Duisburg seit Jahren eine chronische Unterbesetzung der Stadtverwaltung. Viele Ämter ächzen unter massivem Personalmangel. Personalfuktuation, befristete Stellen und Niedriglöhne sowie Jahre harter Haushaltskürzungen haben eine Situation geschaffen, in der selbst wichtige Bürgerdienste ohne ausreichende Besetzung bleiben. Statt stabiler Teams mit guter Bezahlung gibt es zu viele Befristungen und zu wenige Fachkräfte. Das Ergebnis sind überlastete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, häufige Krankmeldungen und immer wieder kurzfristige Schließungen von Bürgerbüros. Für die Duisburger bedeutet das unzumutbare Wartezeiten. Dies ist ein Armutszeugnis für Duisburg.



Starke Verwaltungen sind ermöglichen bürgernahe, schnelle und transparente Entscheidungen und fördern das Vertrauen in kommunale Strukturen.

Das BSW fordert:

- Einen massiven Personalaufbau mit festen Verträgen und fairer Bezahlung, um Fachkräfte zu halten und für Nachwuchs attraktiv zu sein
- Mehr Ausbildung und laufende Weiterbildung sowie duale Studienplätze in der Verwaltung
- Barrierefreien digitalen Bürgerservice in einem wirklich leistungsfähigen Online-System sowie die Weiterentwicklung der bestehenden MeinDuisburg-App
- Kostenlose online- und telefonische Unterstützung für die Nutzung der MeinDuisburg-App
- Personeller und technischer Ausbau persönlicher Erreichbarkeit der Verwaltung
- Bürgerbeteiligung in Form regelmäßiger Bürgersprechstunden von Ämtern und Dezernaten, Bürgerräten und niedrigschwelligen Internet-Foren
- Abbau unnötiger Bürokratie durch Streichen alter Formulare, digitaler Verschlinkung von Arbeitsprozessen und Einrichtung zentraler Datenbanken sowie Vereinfachung von Antragsformularen

Digitalisierung der Kommune

Die Digitalisierung unserer Stadt muss den Menschen dienen. Der „Masterplan Digitales Duisburg“ war ein erster Schritt – nun folgt der „Masterplan 2.0“. Das BSW ist der Meinung: Eine echte Smart City braucht mehr als nur Technik. Sie braucht sozial gerechte Teilhabe und Transparenz. Der technologische Wandel etwa durch Künstliche Intelligenz muss die Bedürfnisse und Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellen.



Die bisherige Strategie setzt vor allem auf Wirtschaft, Verwaltung und digitale Infrastruktur. Das BSW will dem ein klares Gegengewicht entgegensetzen: Bürgerzentrierung, demokratische Kontrolle und soziale Gerechtigkeit müssen ins Zentrum rücken. Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss die Lebensqualität vor Ort verbessern - für alle, nicht nur für wenige. Hierbei dürfen insbesondere ältere Mitbürger nicht abgehängt werden, daher muss trotz der Digitalisierung persönlicher Kontakt immer auch möglich bleiben. Wir wollen, dass Duisburg zur sozial gerechten digitalen Stadt wird – offen, transparent und gemeinwohlorientiert.

Das BSW fordert:

- Eine faire Verteilung bei allen Smart City-Projekten – online und vor Ort
- Öffentliche Kontrolle und regelmäßige Berichte zur Wirksamkeit digitaler Maßnahmen
- Kein Ausbau digitaler Überwachung unter dem Deckmantel der „Innovation“
- Digitale Teilhabe für alle: kostenfreie Schulungen, Leihgeräte und digitale Anlaufstellen in jedem Stadtteil
- Offene Daten für eine transparente Verwaltung – nicht nur für Wirtschaft und Verwaltung, sondern für alle
- Nachhaltigkeit als Digitalprinzip: Technologie darf keine zusätzliche Belastung für Klima und Umwelt sein
- Schutz vor technischer Ausgrenzung: Menschen ohne Smartphone oder Internetzugang dürfen nicht abgehängt werden
- Klare Regeln für den Einsatz von KI in der Verwaltung – keine automatisierten Entscheidungen ohne menschliche Kontrolle
- Duisburg digital gerecht gestalten – Bürger im Mittelpunkt der Smart City

Seniorenpolitik

Miteinander statt allein – Für ein gutes Leben im Alter

Im Alter gut wohnen, mobil bleiben und am Leben teilhaben, dafür setzt das BSW sich ein. Wir möchten, dass alle Generationen in unserer Stadt gut leben und besonders die, die schon so viel für uns getan haben. Zur Vermeidung von Einsamkeit und sozialer Isolation im Alter ist der Aufbau und die Koordination von ehrenamtlichen Angeboten unersetzbar. Auch darf Altersarmut kein Tabuthema sein. Daher setzt das BSW auf Aufklärung, Beratung und Hilfe.



Viele ältere Menschen wünschen sich mehr Unterstützung im Alltag. Es gibt in unserer Stadt bereits telefonische Hilfsangebote, doch viele kennen sie nicht. Es ist daher wichtig diese Angebote besser zu bewerben, damit jeder weiß, wie und wo Hilfe angeboten wird. Durch frühzeitige Beratung und Informationsangebote können Notlagen beseitigt oder sogar vermieden werden.

Das BSW fordert:

- Eine bessere Sichtbarkeit und Zugänglichkeit bestehender Hilfsangebote, z.B. in einer Senioren-Hotline
- Stärkung ehrenamtlichen Engagements bei der Begleitung älterer Menschen zur Vermeidung von Einsamkeit und Isolation
- Stärkung von wohnortnahen Dienstleistungsangeboten, v. a. solchen von gemeinnützigen Trägern
- Frühzeitige Beratung und Informationsangebote, z. B. zur Vermeidung finanzieller Notlagen
- Bekanntmachung der telefonischen Senioren-Hotline und bestehender telefonischer Hilfen der Stadt

Inklusion

Das Prinzip der Inklusion als gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten oder Einschränkungen ist in Deutschland seit 1994 im Grundgesetz verankert. Ziel ist es, Barrieren in Gesellschaft, Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im Alltag zu überwinden, damit Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen gleichwertige Chancen haben. Dafür setzt sich das BSW ein.

Es steht für uns außer Frage, dass alle Menschen ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Beeinträchtigung oder sozialen Stellung haben. Inklusion fördert den Umgang mit und das Verständnis für Unterschiede und stellt eine Bereicherung für die Gesellschaft da. Inklusive Bildung soll allen Kindern und Jugendlichen das gemeinsame Lernen ermöglichen. Gleichwohl sollten auch Förderschulen für die Kinder erhalten bleiben, die für ihre Entwicklung eines besonderen Schutzraums bedürfen.

Trotz der Fortschritte gibt es noch viele Herausforderungen bei der Umsetzung von Inklusion. Es werden nicht genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Außerdem sehen sich Menschen mit Handicaps Vorurteilen und Gedankenlosigkeiten ausgesetzt, was ihre Chancen auf Teilhabe erschwert.

Das BSW fordert:

- Den Abbau physischer, sozialer und kommunikativer Barrieren, um Chancengleichheit zu ermöglichen
- Die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse und Förderung der Potenziale jedes Einzelnen, um eine gleichwertige Teilhabe zu gewährleisten
- Spezielle Bildungsangebote für pädagogisches Personal in Kitas und Schulen zur Förderung von Schülern mit Beeinträchtigungen
- Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen auf dem Arbeitsmarkt sowie Ausweitung von Eingliederungsmaßnahmen
- Gleichwertige Teilnahmemöglichkeit an sozialen, kulturellen und politischen Freizeitaktivitäten.
- Weitere Abschaffung von Barrieren im öffentlichen Raum: in Gebäuden, öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Internetseiten

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz sorgt für soziale Gerechtigkeit in einer Zeit, in der viele Duisburger mit steigenden Mieten, Preisen, undurchsichtigen Verträgen und unfairen Geschäftsmodellen konfrontiert sind. Wie in anderen Ruhrgebietsstädten ist auch in Duisburg die Verschuldung der Bürger überdurchschnittlich hoch.



Von daher ist die Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale ein besonders wichtiger Service.

Verbraucherschutz darf kein Luxus sein. Er ist ein zentraler Baustein sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Bildung – vor Ausbeutung und Irreführung geschützt werden können.

Duisburg braucht eine Verbraucherschutzoffensive mit umfangreicher digitaler Aufklärung zu Hilfen und Angeboten seitens der Stadt sowie weitere gut ausgestattete Anlaufstellen. Es geht darum, Schaden zu verhindern, bevor er entsteht. Dies kann aber nur dann funktionieren, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten und Informationen austauschen.

Das BSW fordert:

- Die Wiederbelebung des Runden Tisches gegen Energiearmut
- Mobile Beratungsteams für Senioren, Menschen mit Behinderung und prekär lebende Familien
- Informationen in einfacher Sprache und in mehreren Sprachen
- Digitale Informationen mit Aufklärungskampagnen
- Bessere Förderung und verlässliche Finanzierung der Verbraucherzentralen
- Kooperation von Stadtwerken, Agentur für Arbeit, Mieterschutzverbänden und Schuldnerberatungsstellen

Gleichstellung und Frauenförderung

Nach einer Empfehlung des Europarats wird von einem Einwohnerschlüssel von 1: 7.500 bei der Vorhaltung von Frauenhausplätzen ausgegangen. Nach dieser Empfehlung sollten in Duisburg 67 Plätze zur Verfügung stehen.

Davon ist Duisburg noch weit entfernt. Hier muss unbedingt zum Schutze der Frauen und deren Kinder Abhilfe geschaffen werden. Auch die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ist in Duisburg nach wie vor nur unzureichend gewährleistet. Angesichts der unerträglich hohen Zahl an Gewaltverbrechen gegen Frauen muss die Stadt verstärkte Anstrengungen unternehmen, gut erreichbare weitere Schutzräume, niedrigschwellige Beratungsangebote und öffentliche Aufklärungskampagnen zu schaffen.

Frauen und Männer sind gleichberechtigt, aber leider nur auf dem Papier. Auch hier in Duisburg wird für die gleiche Arbeit immer noch nicht der gleiche Lohn bezahlt. Frauen haben es durch Kindererziehung und relativ höheren Anforderungen immer noch schwerer als Männer, gut bezahlte Jobs zu finden. Dies führt im Alter zu niedrigeren Renten.

Queere Menschen sind zunehmend Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Wir setzen uns ein für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen in Duisburg - unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

Das BSW fordert:

- Ermöglichung einer höheren Frauenerwerbsquote mit tariflicher Bezahlung und Sozialversicherungspflicht
- Gestaltung familienfreundlicher kommunaler Arbeitsplätze z. B. mit flexiblen Arbeitszeiten und Kinderbetreuung
- Auch private Betriebe zu ähnlichen Maßnahmen aufzufordern und bei der Auftragsvergabe solche Betriebe mit familienfreundlicher Arbeitsplatzgestaltung zu bevorzugen
- Mehr und schnelleren Ausbau von Jobsharing und Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Offenlegung geschlechtsspezifischer Gehaltsunterschiede und ihre Abschaffung
- Laufende Überprüfung der Beleuchtungssituation von Straßen, Plätzen und Haltestellen; die Beförderungsmöglichkeiten mit dem ÖPNV sollten unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit besonders von Frauen überprüft werden
- Stärkung und Verstetigung der Projekte zum Gewaltschutz für Frauen (Frauenhäuser, Beratungsstellen)
- Erhalt und Verstetigung der Unterstützungs- und Beratungsprojekte für queere Menschen

Duisburg - friedenstüchtig statt kriegstüchtig

Wer in Duisburg das BSW wählt, stärkt mit seiner Stimme die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland und verleiht damit konsequenter Friedenspolitik auch auf Bundesebene mehr Gewicht. Wir setzen uns dafür ein, dass Duisburg keine freiwilligen Beiträge zur Militarisierung leistet. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr im kommunalen Raum, insbesondere in Schulen ab und prüfen rechtliche Möglichkeiten, diese einzuschränken (z.B. durch Positivlisten für Werbung).

Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, dass der Operationsplan Deutschland der Bundeswehr, der alle gesellschaftlichen Bereiche kriegstüchtig machen möchte, auf keinen Fall umgesetzt wird in Duisburg.

Das BSW setzt sich dafür ein, dass die Stadt Initiativen zur Völkerverständigung unterstützt, wie es die Mitgliedschaft des Duisburger Oberbürgermeisters bei den „Mayers for Peace“ (Bürgermeister für Frieden) erfordert. Wir regen an, dass die vorhandenen Städtepartnerschaften durch Kultur- und Jugendaustausch wieder mit Leben gefüllt werden.

Das BSW steht für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft.



Bündnis **Sahra**
Wagenknecht
Duisburg